

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte sich die Auffassung durch, dass eine erfolgreiche Verteidigung Österreichs einen umfassenden Sicherheitsansatz benötigt, der vom militärischen, zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Bereich getragen werden soll.

Nach den geopolitischen Umbrüchen von 1989 geriet die Wichtigkeit der ULV zunehmend in Vergessenheit. Erlebt sie nun einen Relaunch?

Geistige Landesverteidigung

Verstaubtes Relikt aus vergessener Zeit oder Chance für unsere Zukunft?!

VON GOTTFRIED REITER



CCOVID-19 hat Österreich weiterhin im Griff. Viele Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft, das Sozialsystem und andere Bereiche sind noch gar nicht absehbar.

Aus gesellschaftlicher und demokratischer Sicht ließen sich im Rahmen des bisherigen Verlaufs der Krise vier besorgniserregende Zustände beobachten: (1) In weiten Teilen der Bevölkerung fehlt das Wissen und Bewusstsein über aktuelle

und zukünftige Herausforderungen. (2) Langfristiges Denken, bspw. Vorsorgedenken, scheint aufgrund der weitgehend guten Wirtschaftslage nur sehr mangelhaft in den Köpfen verankert zu sein. (3) Die fehlende geistige Auseinandersetzung mit Herausforderungen in Zeiten der Stabilität können rasch zu Unsicherheit im Krisenzeiten führen.¹ (4) Die Bereitschaft, Einschränkungen in den demokratischen Grundrechten in Kauf zu nehmen, ist überraschend hoch.²

Fragen Sie sich, wie dem entgegengewirkt werden kann, so dass wir zukünftige Herausforderungen bewältigen können? Haben Sie in diesem Zusammenhang schon einmal etwas über die Umfassende Landesverteidigung (ULV) gehört?

Bei der ULV handelt es sich um ein gesamtstaatliches Konzept, bei welchem unter Verantwortung des Bundeskanzleramts die Zusammenarbeit zwischen dem Innen-, Unterrichts-, Wirtschafts- und Verteidigungsministerium koordiniert wird. Das Ziel der ULV ist es, unter Integration aller zivilen und militärischen Vorsorgemaßnahmen gesamtstaatlichen Herausforderungen zu begegnen. Auch eine Pandemie wie COVID-19 ist so eine gesamtstaatliche Herausforderung. Die ULV ist seit 1975 im § 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes verankert.

Warum Umfassende Landesverteidigung?

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte sich die Auffassung durch, dass eine erfolgreiche Verteidigung Österreichs einen umfassenden Sicherheitsansatz benötigt, der vom militärischen, zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Bereich getragen werden soll. Der defensive Charakter der Landesverteidigung, die Abstützung auf zivile Schutzvorkehrungen und wirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Die Idee der Umfassenden Landesverteidigung war geboren.

Der ULV lagen drei Denkmodelle zugrunde. Ein Modell befasste sich mit einem Krisenfall im Kontext von internationalen Spannungen und einer eskalierenden Konfliktgefahr. Hier stand vor allem der wirtschaftliche Bereich inkl. der Vorsorge im Mittelpunkt (Wirtschaftliche Landesverteidigung, WLW). Das zweite Denkmodell befasste sich mit dem Neutralitätsfall, d. h. mit einer kriegerischen Auseinandersetzung in der Nach-

barschaft. Im Neutralitätsfall kommen zu den wirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen (WLW) auch Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und der staatlichen Einrichtungen (Zivile Landesverteidigung, ZLV) hinzu. Parallel dazu wird das Bundesheer mobilisiert.

Der dritte Fall behandelte eine direkt gegen Österreich gerichtete Aggression, die eine Militärische Landesverteidigung (MLV) Österreichs notwendig macht. In diesem Fall steht das Bundesheer als militärische Komponente im Fokus.

Als geistiger Überbau der oben genannten Modelle ist die Geistige Landesverteidigung (GLV) vorgesehen. Sie soll die ideellen Voraussetzungen schaffen und zur Förderung bzw. dem Erhalt des Verständnisses für die ULV beitragen.³

Beginnt einer der vier Bereiche zu bröckeln, besteht die Gefahr, dass das gesamte Konzept der ULV in sich zusammenbricht. Die Konsequenzen wären beispielsweise zu hohe Abhängigkeiten von Nachbarstaaten, Versorgungsengpässe, fehlendes strategisches Denken, Akzeptanz für die Einschränkung demokratischer Freiheiten udgl. im Krisenfall (Pandemie, Blackout, innerstaatliche Unruhen, Migration und ihre Folgen usw.).

Politische Bildung und Geistige Landesverteidigung in den Schulen

Auf der Basis des Konzepts der ULV entwickelte sich der Grundsatzterlass der „Politischen Bildung in den Schulen“ aus dem Jahr 1978, in dem die Vermittlung der Inhalte der GLV geregelt ist. Dieser wurde 1994 wiederverlautbart.⁵

Für die Vermittlung der Inhalte der Politischen Bildung/GLV ist das Lehrpersonal an den Bildungseinrichtungen vorgesehen. Zu deren Unterstützung sind die GLV-Referenten in den Bildungsdirektionen und Schulen sowie die Informationsoffiziere des Verteidigungsministeriums bestimmt.



Abbildung 1: eigene Darstellung⁴

Gemäß Unterrichtsministerium soll Politischen Bildung/GLV „... das Verständnis der Schülerinnen und Schüler für die Aufgaben der Sicherheitspolitik, Sicherheitsvorsorge und Umfassenden Landesverteidigung im Dienste der Erhaltung der demokratischen Freiheiten, der Verfassungs- und Rechtsordnung, der Unabhängigkeit und Neutralität sowie der Einheit des Bundesgebietes der Republik Österreich ebenso wie für die Bedeutung einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ im Rahmen der Europäischen Union als Beitrag zu einer umfassenden aktiven Friedenspolitik wecken. Auf den defensiven Charakter der Landesverteidigung, auf Fragen der zivilen Schutzvorkehrungen sowie das Verhalten im Katastrophenfall soll dabei im Besonderen eingegangen werden.“⁶

Wo ist das Problem?

Nach den geopolitischen Umbrüchen von 1989 geriet die Wichtigkeit der ULV zunehmend in Vergessenheit. Als Ursachen können das geringe Bedrohungsempfinden der österreichischen Bevölkerung und das allgemeine fehlende Interesse am Thema Sicherheit gesehen werden. Darüber hinaus lässt sich nur eine geringe Zustimmung, dass Österreich alleine für seine Sicherheit sorgen soll, erkennen.⁷

Diese Trends können auch im Bildungsbereich beobachtet werden. So kann das Fehlen der ULV im Grundsatz-erlass zur Politischen Bildung aus dem Jahr 2015 als Ergebnis dieser Entwicklungen interpretiert werden. In diesem Erlass findet Landesverteidigung, zivile Schutzvorkehrungen oder wirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen keine Erwähnung.⁸ Seitens des Unterrichtsministeriums wird zwar die Wichtigkeit der GLV in den Lehrplänen hervorgehoben, jedoch herrscht unter dem Lehrpersonal und zwischen den Bildungseinrichtungen unterschiedliche Auffassungen zur Frage „Was ist GLV?“. Die Beantwortung dieser und weiterer Fragen werden in einem



Im Kosovo sorgt das Österreichische Bundesheer für sichere Lebensbedingungen, in denen die Bevölkerung den Kosovo wiederaufbauen kann. Hier werden z.B. Kofferräume nach Waffen und Schmutzware durchsucht.

Foto: Bundesheer/Gunter Pusch

Themen der Sicherheitspolitik, Sicherheitsvorsorge, Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Landesverteidigung oder Fragen zu zivilen Schutzvorkehrungen und dem Verhalten im Katastrophenfall sind im Schulunterricht oftmals nicht Gegenstand von Diskussionen.

gemeinsamen Projekt zwischen dem Unterrichts- und Verteidigungsministerium seit 2018 behandelt. Themen der Sicherheitspolitik, Sicherheitsvorsorge, Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Landesverteidigung oder Fragen zu zivilen Schutzvorkehrungen und dem Verhalten im Katastrophenfall sind im Schulunterricht oftmals nicht Gegenstand von Diskussionen. Der Grund liegt unter anderem in fehlenden Vorkenntnissen des Lehrpersonals und im Mangel didaktisch-methodischer Kenntnisse bei der Vermittlung von Inhalten der Politischen Bildung/GLV.⁹ Dazu kommt noch, dass bei Weitem nicht allen Pädagogen die Ziele und Inhalte des Erlasses und damit des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bekannt sind.¹⁰ Selbst in Unterrichtsbeispielen zur Politischen Bildung¹¹ oder in prototypischen Aufgaben zur GLV des Unterrichtsministeriums finden sich nur sehr marginale Hinweise auf die oben genannten Themen.

Wie kann die Lösung aussehen?

Wie könnte den vier eingangs erwähnten besorgniserregenden Zuständen begegnet werden?

Eine vielversprechende Lösung wäre, wenn Politische Bildung/GLV als Querschnittsmaterie unterrichtet wird. Die Vermittlung komplexer Unterrichtsinhalte sollte nicht auf ein einziges Schulfach reduziert werden. So heißt es bereits im Grundsatz-erlass „Politische Bildung in den Schulen“ (1978/1994): „Der Auftrag zu Politischer Bildung wendet sich an alle Lehrer ... Ein planvolles Zusammenwirken aller Lehrer ist anzustreben ... Die Beachtung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bedeutet somit eine anspruchsvolle Herausforderung an alle Fähigkeiten des Lehrers, sie stellt aber ebenso an den Schüler hohe Ansprüche.“

Beispielsweise könnten vergangene, aktuelle oder zukünftige Krise (bspw. Pandemie, Blackout) aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Unterrichtsfächer behandelt werden. So könnte das Fach Geschichte und Sozialkunde die historischen, sozialen und politischen Wurzeln einer Krise und deren Auswirkungen auf die Zukunft behandeln. Geografie und Wirtschaftskunde könnte sich mit den geografischen, klimatischen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen derselben Krise befassen. Religion könnte sich mit den religiösen Hintergründen beschäftigen usw.

Die Herausforderungen der Zukunft bedürfen eines integralen, fächerübergreifenden Ansatzes und gezielter Schulung des Lehrpersonals. In diesem Kontext darf auch die Rolle der Bildungseinrichtung als Sozialisationsinstanz nicht unterschätzt werden.¹² Sie trägt wesentlich zur Ausbildung und Sozialisations-

tion der zukünftigen Entscheidungsträger, Krisenmanager und Bürger Österreichs bei. Zielführend wäre hier beispielsweise ein engmaschiger Austausch zwischen dem Unterrichts-, Innen-, Wirtschafts- und Verteidigungsministerium. Erste Ansätze zur Integration und Konzeptualisierung von Inhalten der Politischen Bildung/GLV in andere Unterrichtsfächer werden zurzeit an der Bundeshandelsakademie für Führung und Sicherheit in Wiener Neustadt erarbeitet.

Damit wir als demokratischer, unabhängiger Staat weiterhin bestehen können, sollten folgende Fragen überparteilich unter Einbindung relevanter Ministerien zeitnah diskutiert werden:

- Welche gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen können unsere pluralistisch-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung, unsere demokratischen Freiheiten sowie unsere geistigen und materiellen Lebensgrundlagen in Österreich gefährden?
- Bereiten unser derzeitiges Bildungssystem und dessen Unterrichtsinhalte ausreichend auf zukünftige Herausforderungen, in gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht vor?
- Werden die Inhalte der Politischen Bildung an den Schulen didaktisch-methodisch nachhaltig vermittelt, sodass die Aufrechterhaltung der demokratischen Errungenschaften auch den "Praxistest" bestehen?

Ausblick

Die zukünftigen Herausforderungen für Österreich können nur in einem umfassend-strategischen staatlichen Ansatz gelöst werden. Die Entwicklungen rund um die COVID-19 Krise haben auf der politischen und individuellen Ebene die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte schonungslos aufgezeigt. Für die Förderung und den Erhalt des Verständnisses für die ULV und für die Schaffung der ideellen Voraussetzungen für eine glaubwürdige Krisenbewältigung (Stichworte: Resilienz, Autarkie, Blackout, Pandemie, Migration usw.) sowie den Erhalt der demokratischen Grundrechte sollte die GLV so schnell wie möglich „entstaubt“ werden.

Die Revitalisierung des Grundsatzes zur „Politischen Bildung in den Schulen“ aus dem Jahr 1994 – und die Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes der ULV – wäre hier der erste Schritt in die richtige Richtung. Das wäre eine Chance für die Zukunft, um auf Herausforderungen, Krisen, Gefahren der Demokratie usw. vorbereitet zu sein.

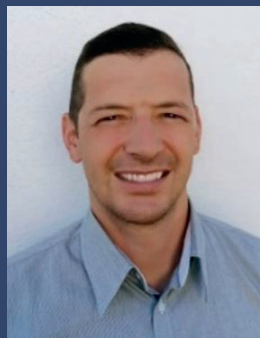
Fußnoten

- 1) Vgl. dazu auch Bundesministerium für Landesverteidigung, 2020: Sicher. Und morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2020. Unter https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/sipol_jahresvorschau2020.pdf am 10.08.2020
- 2) Vgl. Die Presse, 2020: Nicht nur Corona, sondern auch der Verlust der Demokratie kann tödlich sein. Presseartikel vom 03.04.2020, 10.20 Uhr. Unter <https://www.diepresse.com/5795232/nicht-nur-corona-sondern-auch-der-verlust-der-demokratie-kann-todlich-sein> am 30.06.2020
- 3) Vgl. Schneider, Felix, 2012: Gedanken zur Geschichte der Umfassenden Landesverteidigung (ULV), Vortrag anlässlich des Traditionstages der LVAK am 17. 2. 2012, LVAK/ISS, Wien.
- 4) Nach Lichal, Robert, o.J.: Sicherheitspolitik aus der Sicht eines Politikers. Unter https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/ms_22_4.pdf am 04.09.2020
- 5) Vgl. Bundesministerium für Unterricht und Kunst, 1994: Grundsatzeserlass „Politische Bildung in den Schulen“, Rundschreiben 15/1994. Wien 1994.
- 6) Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, 2020: Geistige Landesverteidigung. Unter https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/uek/geistige_lv.html am 21.02.2020
- 7) Vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung, 2020: Sicher. Und morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2020. Unter https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/sipol_jahresvorschau2020.pdf am 10.08.2020
- 8) Vgl. Bundesministerium für Bildung und Frauen, 2015: Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzeserlass, Wien 2015.
- 9) Vgl. Lauß, Georg; Schmid-Heher, Stefan, 2017: Politische Bildung und demokratierelevante Einstellungsmuster von angehenden Lehrenden: Eine quantitative Studie. In: Open Online Journal for Research and Education. Tag der Forschung, April 2017, ISSN: 2313-1640
- 10) Vgl. Pichler, Herbert, 2006: Politische Bildung als gelebte Praxis. Unter http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/sander_polbildung.pdf am 31.07.2020
- 11) Vgl. Ammerer, Heinrich; Krammer, Reinhard; Windischbauer, Elfriede, 2009: Politische Bildung konkret. Beispiele für kompetenzorientierten Unterricht. Wien: Edition polis. Unter http://www.politik-lernen.at/dl/00kIJMKoMmoKJqx4KJK/PB_konkret.pdf#page=4 am 31.07.2020
- 12) Vgl. Noack, Peter; Gniewosz, Burkhard, 2009: Politische Sozialisation. Universität Jena, Universität Würzburg. Unter https://www.researchgate.net/profile/Burkhard_Gniewosz/publication/226058562_Politische_Sozialisation/links/00b7d52fa46306aeb1000000.pdf am 10.08.2020



Das Kuratorium für die Umfassende Landesverteidigung (KULV) wirkt überparteilich unter Einbindung von Experten auf die Weiterentwicklung des Konzepts der Umfassenden Landesverteidigung hin. Das KULV erstellt und kommuniziert für Politik, Bund, Länder, Bezirke, Gemeinden und die Bevölkerung gesamtstaatliche Empfehlungen im Zusammenhang mit der ULV.

Kontakt: www.kulv.at oder [facebook.com/Kuratorium-für-die-Umfassende-Landesverteidigung](https://www.facebook.com/Kuratorium-für-die-Umfassende-Landesverteidigung)



Mag. (FH) Dr. Gottfried Reiter ist der Leiter des Bildungsinstitutes (BI) des Kuratoriums für die Umfassende Landesverteidigung. Das BI setzt sich gezielt mit der Politischen Bildung/GLV auseinander.

Kontakt: gottfried.reiter@kulv.a